

## WEGZUG

## Würth Financial Services zieht um

**TRIESEN.** Der deutsche Industriekonzerne Würth hat seine Niederlassung in Liechtenstein aufgegeben. Die Würth Financial Services AG mit Sitz in Triesen hatte bisher Versicherungs-Brokerages für Unternehmen in Liechtenstein angeboten. Damit ist jetzt Schluss: Die Tochtergesellschaft ist per Jahresbeginn in die gleichnamige Schweizer Muttergesellschaft in Rorschach integriert worden, um die Organisation zu verschlanken und Prozesse effizienter zu gestalten. Für die Kunden der Gesellschaft werde diese Veränderung jedoch keinerlei Auswirkungen haben, versichert das Unternehmen in seinem Jahresbericht 2014. Würth Financial Services AG bietet Vorsorge- und Versicherungsdienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen in der Schweiz und Versicherungsbrokerages für Unternehmen in Liechtenstein an. (wr)

## AUSZEICHNUNG

## Umweltpreis für Pannex

**SCHAANWALD.** Das Liechtensteiner Unternehmen Pannex hat einen Umweltpreis erhalten. Die deutsche Umweltmanagementfirma Partslife hat das Reifendichtmittel von Pannex mit einem Preisgeld in Höhe von 3500 Euro prämiert. Im Falle eines Reifenschadens von bis zu acht Millimetern Durchmesser kann das umweltfreundliche Mittel verwendet und der Reifen später wieder repariert werden. Dies sei bei anderen Chemikalien dieser Art nicht möglich, lobt die Jury. Die Pannex AG wurde Ende 2013 von Rudolf Hagen gegründet und hat ihren Sitz in Schaanwald. (wr)

## ÜBERNAHME

## Caminada führt Bad Ragazer Restaurant

**BAD RAGAZ.** Sechs Restaurants, ein Bistro, ein Café sowie mehrere Bars und Lounges: Das Grand Resort Bad Ragaz besticht durch eine kulinarische Vielfalt. Nun konnte das Hotel ein bekanntes Gesicht der Schweizer Gastro-Szene verpflichten: Der Bündner Andreas Caminada übernimmt Ende Jahr das Restaurant «Äbtstube» im Fünf-Sterne-Resort, wo er gemäss Medienmitteilung ein neues Gastronomiekonzept einführen wird. Ob Caminada in Bad Ragaz anzutreffen sein wird, bleibt fraglich. Wie der Mitteilung zu entnehmen ist, bleibt der 38-Jährige Gastgeber im Schloss Schauenstein in Fürstenaau. In Bad Ragaz soll ihn «eine von ihm ausgewählte und persönlich geschulte Top-Brigade vertreten». Caminada werde «einem exzellenten Lehrmeister entsprechend» laufend persönlich nach dem Rechten sehen. (wr)

## Der VR aus dem Netz

**Onlinesuche** Mit ihrer Aussensicht sollten Verwaltungsräte ein Unternehmen strategisch weiterbringen. Doch meist werden die Ämter nur an enge Vertraute vergeben. Das bietet Potenzial für eine neue Onlineplattform.

VON YVES HOLLENSTEIN

**O**swald Grübel ist kein Fan des Verwaltungsrats (VR). Dieser sei zwar das oberste Exekutivorgan in jedem Unternehmen, doch in Tat und Wahrheit sei der VR nichts weiter als «ein Gremium der ahnungslosen Aufpasser», stänke der Ex-UBS-Chef im April 2012 gegenüber der «Handelszeitung». Und der ehemalige Topbanker ging noch einen Schritt weiter: «Wir sollten den Verwaltungsrat darauf beschränken, die Geschäftsleitung zu bestimmen.» Grübel begründete diese Forderung damit, dass Verwaltungsräte sowieso nur das kontrollieren können, was sie verstehen. Und je komplexer die Geschäfte, desto einfacher werde es für die Geschäftsleitung, das Gremium zu umgehen.

Grübels harte Worte erstaunen insofern nicht, als dass er selber ein «gebranntes Kind» ist. Nicht zuletzt auf Druck des Verwaltungsrates musste Grübel im September 2011 seinen sofortigen Rücktritt als CEO der UBS bekannt geben. Was der gebürtige Deutsche nun als generelles Problem hierzulande darzustellen versucht, kann also durchaus auch ein gut verpackter Seitenhieb auf das damalige UBS-Gremium sein. Dennoch ist die Kritik Grübels, der selber kein VR-Mandat innehat, nicht aus der Luft gegriffen. Der Verwaltungsrat ist sicher kein zahloses Ungeheuer, doch sind die Gremien in der Schweiz und Liechtenstein, was die Kompetenzen, die Diversität und die Komplementarität der Mitglieder angeht, meist zu einseitig zusammengesetzt.

## Personalunion weitverbreitet

Dies trifft insbesondere auf die kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) zu, welche aber rund 98 Prozent aller Schweizer Unternehmen ausmachen. Auch von den rund 3500 Unternehmen in Liechtenstein sind mehr als 90 Prozent als KMU einzustufen. Insofern ist die Corporate Governance fast aller Unternehmen in der Schweiz und Liechtenstein noch optimierungsbedürftig. Der Grund dafür liegt in der Sitte. Traditionellerweise werden in KMU die prestigeträchtigen VR-Ämter nämlich bevorzugt innerhalb der Familie, an Freunde und Netzwerkpartner weitergegeben. Nicht die bestmögliche, sondern die am meisten vertraute Person wird ins Gremium berufen. Zudem wird bei mehr als der Hälfte der Unternehmen die Führung der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates an ein und dieselbe Person übertragen. Bei Kleinstunternehmen ist dieser Anteil mit 75 Prozent noch einmal deutlich höher, wie eine aktuelle Verwaltungsratsstudie der Beratungsgesellschaft BDO AG und der Universität St. Gallen offenbart.

Dieselbe Studie zeigt aber auch, dass Verwaltungsräte rege gesucht werden.



Wer von aussen kommt, hat eine andere Sicht auf das Unternehmen. In vielen KMU ist der Verwaltungsrat zu einseitig besetzt.

Bild: iStock

Seit 2002 stieg die Zahl der Board-Mitglieder kontinuierlich an. Im Durchschnitt zählt jedes KMU heute 3,7 VR-Mitglieder. Gleichzeitig ist das ohnehin bereits hohe Durchschnittsalter der VR-Mitglieder erneut gestiegen. Wenn man bedenkt, dass mit Abstand die meisten Verwaltungsräte altersbedingt aus dem Gremium ausscheiden, legt dies den Schluss nahe, dass der Bedarf an qualifizierten Exekutivmitgliedern weiter steigen wird. Sprich, irgendwann ist das eigene Beziehungsnetz ausgeschöpft, der Blick über den Tellerrand unabdingbar.

## Internet-Suche als Marktlücke

«Die Notwendigkeit ist da, viele Unternehmen wünschen sich aber auch ausdrücklich weiteres Know-how und mehr Aussensicht im VR», sagt Dominic Lüthi, der im Rahmen seiner Masterarbeit «Optimale VR-Komposition in Schweizer KMU» 322 Verwaltungsratspräsidenten zu dieser Thematik befragte. Diese Erkenntnis mündete beim im Toggenburg aufgewachsenen Wirtschaftsinformatiker in einer Geschäftsidee. Lüthi lancierte mit VRMandat.com die erste Onlinevermittlungsplattform für Verwaltungs-, Stiftungs- und Beiräte in der Schweiz. Er konnte damit eine Marktlücke besetzen.

Die Plattform ist eine Art Datenbank, auf der Unternehmen und Organisationen nach ihren Wunsch-Verwaltungsräten suchen können. Bislang erledigten diesen Job Headhunter und auf Verwaltungsräte spezialisierte Recruiter. Auch diese verfügen über Datenbanken und können auf ihre hervorragenden Netzwerke zählen. Doch viele KMU können oder wollen sich einen solch kostspieligen Executive Search Service nicht leisten, denn bei einer erfolgreichen Vermittlung können Honorare von 20 000 Franken und mehr anfallen. Bei VRMandat.com sind es hingegen – je

nach Unternehmensgrösse – zwischen 1000 und 4000 Franken. «Dank unserer Schnelligkeit und unserer hohen Reichweite, gepaart mit den tiefen Kosten, sind wir auch für kleine Firmen und Stiftungen ein interessanter Partner», ist der Gründer überzeugt.

Seit etwas mehr als zwei Jahren ist die Plattform aufgeschaltet. «Noch fällt es vielen inhabergeführten Unternehmen schwer, sich mit dem Gedanken anzufreunden, online nach einem VR-Mitglied zu suchen», weiss Lüthi aus Erfahrung. Trotzdem zählt die Datenbank mittlerweile mehrere Hundert Profile von VR-Kandidaten und mehrere Dutzend Unternehmen und Organisationen, die darauf aktiv nach neuen Verwaltungsräten Ausschau halten. Die Mehrheit der eingetragenen Kandidaten sind gut ausgebildete Unternehmer aus dem verarbeitenden Gewerbe im Alter zwischen 40 und 55 Jahren – also im erfahrungsgemäss idealen VR-Alter. Daneben sind aber fast alle Branchen und Altersgruppen vertreten und die Kandidaten weisen eine Vielzahl an Kompetenzen auf. Der Frauenanteil bei den Profilen liegt bei rund 15 Prozent.

## Anonymisierte Vorschläge

VRMandat.com bietet somit auch jüngeren Menschen oder wieder berufstätig gewordenen Müttern die Möglichkeit, ihr Wirkungsfeld zu erweitern. Damit aber nur ernst gemeinte Profile erstellt werden, zahlen auch die Kandidaten eine einmalige Aktivierungsgebühr von 120 Franken plus maximal 50 Franken

Jahresgebühr – je nachdem, wie lange ihr Profil aufgeschaltet sein soll.

«Neue VR-Mitglieder sollten möglichst zur Diversität beitragen und am besten so ausgewählt werden, dass er oder sie – nebst bestimmten unverzichtbaren Kenntnissen – besondere Fähigkeiten und Rollenverständnisse mitbringt, die im jeweiligen Unternehmensumfeld relevant sind», sagt Lüthi der seit 2008 selber VR-Mitglied in einem KMU ist. Die VR-Datenbank basiert auf mehreren Such-Algorithmen, welche die Profile der Kandidaten mit den Anforderungskriterien der Unternehmen und Organisationen abgleichen. Diejenigen Kandidaten, welche die Suchparameter am besten erfüllen, werden dem Suchenden als anonymisierte Vorschläge angezeigt.

## Faktor Mensch vernachlässigbar

Die erste Kontaktaufnahme erfolgt ebenfalls noch über die Plattform – der Kandidat wird per E-Mail über den Interessenten informiert. Für den eigentlichen Rekrutierungsprozess sind danach aber wieder die Unternehmen oder die Stiftungen selber verantwortlich. «Wir verstehen uns deshalb als reiner Vermittler, der sein Know-how und seine Experten-Datenbank einer registrierten Nutzerschaft zur Verfügung stellt», beschreibt Lüthi. Das Ziel sei, die «alte Kruste aufzubrechen» und den Unternehmen mithilfe der Onlinesuche den bestmöglichen externen VR-Kandidaten zu präsentieren. Denn die Online-

plattform macht den Faktor Mensch quasi vernachlässigbar, da die Suche neutral durchgeführt wird und persönliche Beziehungen keine Rolle mehr spielen.

Lüthi arbeitet seit Beginn mit einem Schweizer IT-Partner zusammen und kann auf die aktive Unterstützung von drei erfahrenen Beratern zählen. Es sind dies die Zürcher Human-Resource-Spezialistin Kim Johansson, der St. Galler Wirtschaftsjurist René Neuwiler und der Finanz-

dienstleister und Organisationsberater Christoph Sievers, der unter anderem auch als VR-Mitglied der Vaduzer Union Bank fungiert. Lüthi ist jedenfalls überzeugt, dass sein Start-up-Unternehmen weiterwachsen wird, da die neue Generation an Unternehmern sehr internet-affin sei. Dazu würden sich immer mehr KMU bewusst, dass ein gut aufgestellter Verwaltungsrat mit ausgewogenen Fachkenntnissen für den weiteren Unternehmenserfolg ausschlaggebend sei. Eine ansehnliche Zahl an Verwaltungsräten wurden auf diesem Weg jedenfalls bereits erfolgreich vermittelt.



«Wir verstehen uns als reiner Vermittler, der sein Know-how und seine Datenbank zur Verfügung stellt.»

Dominic Lüthi,  
Gründer VRMandat.com

## Mehr Arbeit für die Schlichtungsstelle

VON PATRICK STAHL

**VADUZ.** Die liechtensteinische Schlichtungsstelle im Finanzdienstleistungsbereich hat im vergangenen Jahr 23 Beschwerdefälle von Kunden behandelt. Damit bewegt sich die Zahl der Beschwerden leicht über dem Vorjahresniveau, als die Schlichtungsstelle unter der Leitung des Vaduzer Rechtsanwalts Peter Wolff insgesamt 20 Fälle zu behandeln hatte. Die Beschwerdeführer stammen vor allem aus Deutschland, gefolgt von der Schweiz, Liechtenstein, Österreich und weiteren Staaten sowohl inner- als auch ausserhalb Europas, wie die Schlichtungsstelle in ihrem Jahresbericht 2014 schreibt.

Die Mehrzahl der Kunden ärgert sich über ihre Bank. Insgesamt 16 Beschwerden richteten sich gegen sechs verschie-

dene Banken in Liechtenstein, fünf Beschwerden gegen Treuhandgesellschaften und zwei Beschwerden gegen Vermögensverwaltungsfirmer. Die Höhe der geltend gemachten Schadenbeträge variiert dabei von Fall zu Fall sehr stark. Die Summen bewegten sich zwischen wenigen Hundert Franken und mehreren Hunderttausend Franken. Nach Angaben der Schlichtungsstelle betreffen die Beschwerdefälle ein buntes Spektrum an Themengebieten. Dazu gehören Falschüberweisungen, fehlende Rechnungslegung, Verweigerung von Auskünften ebenso wie ungerechtfertigte Gebührenbelastung.

## Banken bereiten am meisten Ärger

Die Schlichtungsstelle erledigt die Beschwerdefälle nach eigenen Angaben in der Regel innerhalb weniger Mo-

nate. Insgesamt 16 Beschwerden hätten im Berichtsjahr erledigt werden können, heisst es im Jahresbericht weiter. In acht Fällen hätten sich der



Peter Wolff, Rechtsanwalt und Leiter der liechtensteinischen Schlichtungsstelle  
Bild: Archiv

Kunde und das betroffene Institut einigen können und acht Fälle seien ohne eine Einigung abgeschlossen worden. Damit sind aktuell noch sieben Fälle pendent, wobei sich darunter ein Beschwerdefall aus dem Jahr 2013 befindet. Nach Angaben der Schlichtungsstelle handelt es sich dabei allerdings um einen Ausnahmefall.

## Gerichtsurteil hat Folgen

Die Schlichtungsstelle ist im vergangenen Jahr mehrfach mit einem neuen Thema konfrontiert worden. Nach einem Urteil des deutschen Bundesgerichtshofes vom Mai 2014 sind bestimmte Bankgebühren in Deutschland nicht mehr zulässig. Dies hat zur Folge, dass auch liechtensteinische Banken in mehreren Fällen Gebühren an deutsche Kunden zurückerstatten müssen. Die

Schlichtungsstelle schreibt in ihrem Bericht, dass sie die Kunden darauf hingewiesen habe, dass sie sich zuerst an die Bank wenden müssen. Die Schlichtungsstelle könne erst dann angerufen und tätig werden, wenn es mit der Rückerstattung solcher Gebühren Probleme geben sollte.

Die liechtensteinische Regierung hat die aussergerichtliche Schlichtungsstelle im Finanzdienstleistungsbereich im Jahr 2009 ins Leben gerufen, um damit eine EWR-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die Schlichtungsstelle handelt unabhängig und ist zuständig für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Kunden und Vermögensverwaltungsgesellschaften, Banken, Wertpapierfirmen, Zahlungsdienstleistern, E-Geld-Emittenten, Fondsgesellschaften und Treuhändern.